

12

Anfrage des Abgeordneten Timke (BIW) in der Fragestunde

Diskussionsveranstaltungen zu den Wahlen 2023

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Diskussionsveranstaltungen zu den Bürgerschafts- und Kommunalwahlen mit Politikern der zur Teilnahme an diesen Wahlen zugelassenen Parteien und Wählervereinigungen sind bis zum Wahltermin am 14. Mai 2023 an Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen im Land Bremen noch geplant und an welchen Schulen werden diese Veranstaltungen zu welchen Terminen stattfinden?
2. Wie viele Diskussionsveranstaltungen zu den Wahlen nach Frage 1. haben im Land Bremen bis zur Beantwortung dieser Anfrage bereits stattgefunden und an welchen Schulen oder öffentlichen Einrichtungen war das?
3. Wie will der Senat sicherzustellen, dass an Diskussionsveranstaltungen zu den Wahlen am 14. Mai 2023 an Schulen und in anderen öffentlichen Einrichtungen des Landes Bremen Vertreter aller zur Wahl zugelassenen Parteien und Wählervereinigungen im Interesse der verfassungsrechtlich gebotenen Chancengleichheit eingeladen werden?

Jan Timke
BÜRGER IN WUT

Antwort des Senats vom 26.04.2023

Zu Frage 1 und 2: Die Schulen des Landes Bremen sind nach § 9 des Bremischen Schulgesetzes (BremSchulG) „eigenständige pädagogische Einheit(en)“, deren Lehrer:innen gem. § 59 Absatz 1 BremSchulG „die unmittelbare pädagogische Verantwortung für den Unterricht und die Erziehung der Schülerinnen und Schüler im Rahmen der Gesetze, Rechtsverordnungen, Verwaltungsanordnungen und Entscheidungen der zuständigen schulischen Gremien und Personen, insbesondere der Schulleitung und der Schulleiterin oder des Schulleiters“ tragen.

Schulische Veranstaltungen zu den Bürgerschafts- und den kommunalen Wahlen, liegen daher ebenfalls in der Eigenverantwortung der Schulen und müssen nicht bei der Senatorin für Kinder und Bildung angezeigt werden. Eine entsprechende Übersicht über derartige Veranstaltungen an Schulen liegt dem Senat daher nicht vor.

Auch über Diskussionsveranstaltungen anderer öffentlicher Einrichtungen liegen dem Senat keine Informationen vor.

Zu Frage 3: Der Senat hat weder Anlass noch Grundlage dafür, sicherzustellen, dass an Diskussionsveranstaltungen zu den Wahlen am 14. Mai 2023 an Schulen und in anderen öffentlichen Einrichtungen des Landes Bremen Vertreter aller zur Wahl zugelassenen Parteien und Wählervereinigungen eingeladen werden.

+++